



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr

Sitzungsort:	Haus der Insel, Nordeingang - Konferenzraum 3-4, Am Kurtheater 2	
Sitzungsdatum:	20.07.2015	Niederschrift gefertigt am: 07.08.2015
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Sachverständiger

Edmund Freese

Vorsitzender

RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann

Stimmberechtigtes Mitglied

RM Christian Budde

RM Barbara Bakker-Dinkla

RV Johannes Terfehr

BG Axel Stange

RM Heidi Raschke

beratendes Mitglied

Geschäftsführer Wilhelm Loth

Vertreter

BG Jann Ennen

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs

AV Holger Reising

StAR Jürgen Vißer

Schriftführer

Peter Nuhn

Entschuldigt fehlen:

RM Bernd Flessner

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.02.2015
3. Sachstandsbericht zur baulichen Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses
4. Umgestaltung des Parkplatzes am westlichen Ende der Emsstraße WTV 6/2015
5. Nachtfahrverbot für Taxen WTV 7/2015
6. Längen- und Gewichtsbeschränkung; Teileinziehung von Straßen WTV 8/2015
7. Bericht über die Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft - Beschlussfassung über eine Gebührenanhebung
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen und Anregungen
10. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Vorsitzende Aldegarmann eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.02.2015

Beschluss

Die Niederschrift über die Sitzung vom 24.02.2015 wird bei einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

6 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

1 Enthaltung

TOP 3. Sachstandsbericht zur baulichen Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses

Auf der Sitzung im Oktober des letzten Jahres wurde das Bauvorhaben bereits vorgestellt. Daraus folgende Anregungen wurden aufgegriffen, Standorte auf dem Festland wurden besichtigt und weitere Absprachen mit der hiesigen Wehrführung und der Feuerwehrunfallkasse fanden statt. Als Ergebnis daraus stellen BM Ulrichs, StAR Vißer und stv. WL Rass die neue Planung (siehe Anlage) vor:

- Gegenüber der ersten Planung verändere sich der Grundriss nur unwesentlich.

Im südlichen Bereich an der Einfahrt zum Gelände solle eine sog. „Funkbude“ angebaut werden, sodass die anderen Bereiche DIN-gerecht ausgebaut werden können. Außerdem gewähre die neue Lage dieses Raumes eine bessere Übersicht für die Wehrführung/Einsatzleitung. Dieser Raum sei auch als Anlaufpunkt vorgesehen.

Die Treppenzugänge zu den oberen Räumlichkeiten würden kleiner ausgeführt als zunächst geplant.

- Es erfolge eine konsequente Geschlechtertrennung.

- Die Reihenfolge der Räumlichkeiten sei verändert worden, um die Abläufe zu optimieren.

- Nunmehr sei Raum für eine ausreichende Anzahl an Spinden vorhanden.

- Im Obergeschoss seien jetzt Toiletten für die Kinderfeuerwehr eingeplant.

- Es werde eine automatische Klimatisierung erfolgen, sodass die Fenster nicht geöffnet werden müssen/können. Das bringe den Vorteil, dass immer eine optimale Raumluft herrsche, was insbesondere der dort gelagerten Feuerwehrkleidung nütze.

- Es werde außen ein sog. Alarmknopf angebracht, dessen Auslösung das Gebäude in Betrieb setze, um im Falle eines Falles keine Zeit zu verlieren.

Der Anbau (1. Bauabschnitt) werde in konventioneller Bauweise ausgeführt. Der Entwurf sei jetzt bauantragsreif. Mit den Arbeiten soll im Oktober begonnen werden, und zwar zunächst mit dem Bodenaushub. Der geplante Kostenrahmen in Höhe von 1,5 Mio. Euro könne wohl eingehalten werden.

Anlässlich der Gespräche mit der Feuerwehrunfallkasse sei nunmehr klar, dass auch die Tore der Fahrzeughalle ausgetauscht werden müssen, weil deren Durchfahrtsbreite nicht mehr den DIN-Vorschriften entspreche. Die Tore sollen hierzu bis zum Balkongeländer vorgezogen werden. Zwar habe die Feuerwehrunfallkasse einen Zeitraum von fünf Jahren für die Durchführung eingeräumt, aber es mache eher Sinn, diesen 2. Bauabschnitt umgehend folgen zu lassen. Einhergehend mit dem Einbau neuer Tore müsse auch der Boden der Fahrzeughalle erneuert werden. Die Außenarbeiten sollen bis zum Mai 2016 fertiggestellt sein. Die Innenarbeiten sollen dann noch bis in den Sommer erfolgen, damit die Fahrzeuge nicht während der feuchten bzw. kalten Jahreszeit draußen stehen müssen. Man hoffe, dass dieser Bauabschnitt nicht mehr als 500 Tsd. Euro kosten wird und somit die Gesamtbaukosten (ohne Inventar) 2 Mio. Euro nicht überschreiten werden.

Beschluss

Der Ausschuss nimmt zustimmend von der vorgestellten Planung Kenntnis.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 4. Umgestaltung des Parkplatzes am westlichen Ende der Emsstraße

WTV 6/2015

BM Ulrichs stellt die Maßnahme vor. Sie sei eine Verbesserung für den gesamten Bereich. StAR Vißer ergänzt, dass in diesem Zusammenhang auch die Pfützenbildung auf der Straße reduziert werden solle. Und zwar solle dieses Oberflächenwasser ebenfalls in den neuen Regenwasserteich eingeleitet werden.

BG Stange stellt fest, dass der Parkplatz seit Einführung der Gebührenpflicht nicht mehr viel genutzt werden würde. Es seien keine Markierungen vorhanden. Hierzu entgegnet die Verwaltung, dass mit diesem Parkplatz die höchsten Einnahmen erzielt würden. Durch die Neugestaltung werde es Markierungen geben, die eine effektivere Parkplatzauslastung gestatteten, womit es wohl zu keiner Reduzierung der Stellplatzanzahl kommen werde.

Beschluss

Der Maßnahme wird zugestimmt.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 5. Nachtfahrverbot für Taxen

WTV 7/2015

StAR Vißer berichtet, dass das Thema anlässlich der Ausschusssitzung am 24.02.2015 in der Einwohnerinnen-/Einwohnerfragestunde angesprochen worden sei. Zudem sei ein diesbezügliches Schreiben zweier Taxifahrer eingegangen und in den hiesigen Printmedien aufgegriffen worden. Vor diesem Hintergrund habe der Arbeitskreis für Verkehr im Beisein von Vertretern der Taxenunternehmen diese Angelegenheit beraten. Als Ergebnis hieraus schlägt der Arbeitskreis vor:

- a) Eine zwingende Notwendigkeit, die bisherige Praxis zugunsten Weniger zu ändern, besteht nicht. Aus Gründen des allgemeinen nächtlichen Ruhebedürfnisses soll es grundsätzlich zu keiner weiteren zeitlichen Ausdehnung des Taxenverkehrs kommen -es sei denn, Taxen würden auf Elektroantrieb umgestellt werden.
- b) Dieses gilt auch für die Freigabe der Zufahrt zum „Haus der Insel“.
- c) Die Freigabe der Zufahrt zur Taxenzentrale über die Trasse „Mühlenstraße/Jann-Berghaus-Straße“ soll im Interesse der Taxifahrer, aber auch von Fahrgästen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingeführt werden.
- d) Die Aufhebung des Nachtfahrverbotes am Pfingstwochenende soll analog der Regelung bis zum 14.05. bzw. ab dem 01.10. dauerhaft eingeführt werden.
- e) Personen, die die Kriterien der Fallgruppe 3 (für mobilitätseingeschränkte Personen) erfüllen, dürfen auch in der Zeit von 0.00 bis 6.00 Uhr im vom Verkehrsverbot betroffenen Bereich durch Taxen befördert werden.

BM Ulrichs erläutert weiter, dass sich z. B. durch die Lokalität „Weiße Düne“ die Situation verändert habe. Viele Personen wollen zu später Stunde gerne noch in den Ort gefahren werden. Wenn Fahrten dann nicht durchgeführt werden könnten, entstehe natürlich Unmut.

Die Taxifahrer beurteilten die Notwendigkeit der Aufhebung des Nachtfahrverbotes sehr unterschiedlich. Dieses sei schon bemerkenswert. Gemäß der Inhaber solle es gar nicht zu so vielen nächtlichen Fahrten innerhalb des Stadtgebietes kommen.

Durch eine Freigabe der Fahrt zur Taxenzentrale am Busbahnhof hätte man eine zweite Anlaufmöglichkeit, um weiter in den Ort gelangen.

Mit mobilitätseingeschränkten Personen seien natürlich nicht „volltrunkene Personen“ gemeint, sondern Personen mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung.

Das Ganze werde als Testphase angesehen.

RM Budde fügt an, dass sich die Taxenunternehmen mehr für Elektrofahrzeuge entscheiden sollten. Den Handwerkern habe man aufgezwungen, ihre Fahrzeuge entsprechend umzurüsten. Die Stadt müsse in der Lage sein, bei den Taxen genauso zu handeln. Sollten die Taxenunternehmen dazu nicht in der Lage sein, müssten die Konzessionen anders vergeben werden.

Auf die Frage von RM Bakker-Dinkla, was genau mit Pfingsten gemeint sei, antwortet die Verwaltung, dass damit das „White-Sands-Festival“ gemeint sei, also von Freitag vor Pfingsten bis Pfingstmontag. Sie gibt zu bedenken, dass auch E-Fahrzeuge Abrollgeräusche verursachen.

BG Ennen bittet noch zu bedenken, dass die Taxen für das erste Schiff um 06.15 Uhr vielleicht schon vor 6.00 Uhr fahren müssten. StAR Vißer erwidert, dass die Taxenunternehmen dies bisher nicht angemahnt hätten. Demnach scheinen sie mit der aktuellen Regelungen hinzukommen.

BG Stange beantragt, die Sitzung zu unterbrechen, um einen anwesenden Taxifahrer dazu zu hören. Die Unterbrechung wird einstimmig genehmigt.

Der Taxifahrer stellt dar, dass die Fahrer schon Schwierigkeiten hätten, alle Leute zur ersten Fähre zu bekommen. Aus diesem Grunde würden sie schon heute vor 6.00 Uhr fahren.

Danach wird die Sitzung weitergeführt.

Es wird eingeworfen, dass man zwecks Einladung von Gepäck schon ab 5.15 Uhr in den Ort fahren könne, wenn für die 6:15 Uhr Fähre eine Platzkarte vorliege.

Aus Sicht von AV Reising scheinen die Taxenunternehmen diese Notwendigkeit gegenwärtig nicht zu sehen, also müsse man sich darüber derzeit auch nicht unterhalten.

GF Loth gibt zu bedenken, dass es durchaus Gäste gäbe, die bereits mit der 6.15 Uhr Fähre abreisen und denen sollte man die Möglichkeit geben, rechtzeitig mit einer Taxe zum Hafen befördert zu werden.

Beschluss

Den Vorschlägen a) bis e) des Arbeitskreises für Verkehr wird zugestimmt. Die Andienung der Frühfähre möge im Sinne der Gäste überdacht werden.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 6. Längen- und Gewichtsbeschränkung; Teileinziehung von WTV 8/2015 Straßen

Dieses Thema beschäftigt die Stadt bereits seit etlichen Jahren, berichtet BM Ulrichs. Der zunehmende Schwerlastverkehr, der zunehmend den Zustand unserer Straßen verschlechtert, werde derzeit ausschließlich aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht, also aus Sicht der Gefahrenabwehr beurteilt. Dieses helfe uns dauerhaft nicht weiter. Nach einer entsprechenden Teileinziehung hätte die Stadt Norderney das Zepter in der Hand und könnte dann maßgeblich entscheiden, wer fahren dürfe und wer nicht.

StAR Vißer führt weiter aus, dass der Landkreis auch künftig die Ausnahmegenehmigung erteilen würde. Die Stadt müsse aber gehört und ihre Einwände beachtet werden. Der Landkreis würde weiterhin seine Gebühr erheben, es käme jedoch eine Straßensondernutzungsgebühr der Stadt Norderney hinzu, und zwar nach unseren Konditionen.

Aus Sicht der Verwaltung sprechen folgende „Gründe des öffentlichen Wohls“ für eine Teileinziehung:

- a) Eine Vielzahl Norderneyer Straßen im Stadtgebiet ist damit überfordert, Fahrzeuge aufzunehmen, die schwerer als 8,5 t und länger als 8,5 m sind.
- b) Die hohen Kosten für Maßnahmen zur (Wieder-)Herstellung der Verkehrssicherheit können durch die Stadt Norderney nicht getragen werden. Eine Erleichterung der Straßenbaulast ist deshalb erforderlich.
- c) Größere Fahrzeuge verursachen grundsätzlich eine größere Lärm- und Abgasbelastung für Anwohner und (Kur-)Gäste. Ihr Ausschluss erhält bzw. verbessert die Wohnqualität und fördert den Kurbetrieb.
- d) Lange und schwere Fahrzeuge passen nicht ins Ortsbild. Auf längere und schwerere Fahrzeuge ausgelegte Straßen würden den Charakter und das Erscheinungsbild der Insel verändern.
- e) Die grundsätzliche Ausbauzielrichtung für Straßenneubauten ist der ebenerdige Ausbau zu Mischverkehrsflächen, um dem Fußgänger Vorrang zu geben. Größere Fahrzeuge würden dabei eine größere Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer darstellen.

Ein Interesse an der Beibehaltung der aktuellen straßenrechtlichen Situation sei nicht erkennbar.

Beschluss

Es soll nunmehr aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles für alle Straßen, die der aktuellen straßenverkehrsrechtlichen Längen-/Gewichtsbeschränkung unterfallen (s. anl. Lageplan), ein Teileinziehungsverfahren eingeleitet werden, und zwar durch Ausschluss von Fahrzeugen, welche eine tatsächliche Gesamtmasse von 8,5 t und eine tatsächliche Gesamtlänge von 8,5 m überschreiten. Für die Straße „Im Gewerbegebiet“ soll eine tatsächliche Gesamtmasse von 24 t nicht überschritten werden; eine Längenbeschränkung soll für diese Straße jedoch nicht eingeführt werden.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 7. Bericht über die Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft - Beschlussfassung über eine Gebührenanhebung

BM Ulrichs berichtet über eine in der letzten Woche stattgefundene Gesellschafterversammlung der Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft. Das vergangene Geschäftsjahr habe mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen; es sei ein Minus von 56.836,-- € zu verzeichnen. Insbesondere sei dieses bedingt durch Kosten für Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 156.000,-- €, denn die Parkplätze hätten bei Regenfällen oft „unter Wasser“ gestanden, sodass Fahrzeuge hätten herausgezogen werden müssen. Die Gesellschaft sei generell aber gut aufgestellt.

Auf Parkplatz C müssten durch die neue Müllumschlagstation auch noch weitere Maßnahmen durchgeführt werden. Die Einzäunung müsse hergestellt und Markierungen müssten aufgebracht werden.

Auf Parkplatz B sollen eine oder zwei Tankstellen für Elektrofahrzeuge installiert werden. Hierfür würden Fördermittel von Bund und Land in Höhe von 50 % zur Verfügung gestellt. Eine Nachfrage für solche Tankstellen sei vorhanden.

Auf Parkplatz A sollen auf der ehemaligen Bushaltestelle Behindertenparkplätze mit Beleuchtung geschaffen werden.

Aus diesen Gründen sei eine Gebührenanhebung erforderlich geworden. Die Gesellschafterversammlung habe vorbehaltlich der Genehmigung der Kommune beschlossen, dass auf Parkplatz B die Gebühr von 2,50 € auf 3,-- €/Tag und auf Parkplatz C die Ausfahrtgebühr von 2,-- € auf 3,-- € erhöht werden soll. Diese Änderungen sollen zum 01.01.2016 wirksam werden.

Auf Nachfrage von GF Loth, wie hoch die Parkgebühr auf dem Festland sei, antwortet BM Ulrichs, dass dort 4,50 € je angefangenen Tag berechnet würden. Dass das Parken, so GF Loth, auf einer Insel billiger sei als auf dem Festland, sei für ihn einfach nicht verständlich.

Beschluss

Der Gebührenanhebung wird bei zwei Gegenstimmen zugestimmt.

5 Stimmen dafür

2 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 8. Mitteilungen der Verwaltung

a) Die Polizei habe empfohlen, den Kreuzungsbereich „Lüttje Legde/ Richthofenstraße/ Waldweg“ nicht mehr zu beschildern. Daraus folge, dass an dieser Kreuzung künftig „rechts vor links“ gelten wird. In diesem Zusammenhang werde die „30er-Zone“ auf den ganzen „Waldweg“, die Straße „Lüttje Legde“ und die „Richthofenstraße“ bis zum „Ginsterweg“ ausgedehnt. Sobald die neuen Rahmen für die „Zone 30“-Schilder eintreffen, werde die Beschilderung aufgestellt, teilt StAR Vißer mit.

b) In der Fußgängerzone „Jann-Berghaus-Straße“ werde eine wegen der Baumaßnahme „Winterstraße 15“ weggenommene Sitzbank gegenüber dem Eingang zum Edeka-Markt wieder aufgestellt.

c) Aus dem Stadtgebiet seien die „Schreiberringe“ entfernt worden. In der Janusstraße seien dafür Stellplätze für vier Taxen geschaffen. Sie dienen als Aufrückfläche für den „Rosengarten“.

Im Bereich der Bgm.-Willi-Lührs-Straße seien ebenfalls die „Schreiberringe“ in Höhe des Rad- und Fußweges zum Kindergarten entfernt worden. Es sei festgestellt worden, dass dieser Rad- und Fußweg auch von Autos benutzt werde. Daraufhin seien dort Bügel aufgestellt worden, was auch den positiven Nebeneffekt habe, dass Fahrradfahrer aus Richtung Benekestraße beim Einbiegen in die Bgm.-Willi-Lührs-Straße abgebremst würden.

d) Die Lieferantenzonen seien eingerichtet worden. Die geplante Lieferantenzone in der Luisenstraße sei straßenverkehrsrechtlich nicht darstellbar gewesen und sei deshalb nicht umgesetzt worden. Die Entwicklung bleibe abzuwarten, vielleicht wäre es sinnvoll, an anderer Stelle noch diesbezüglich aktiv zu werden.

TOP 9. Anfragen und Anregungen

a) RM Raschke nutzt die Anwesenheit eines Taxifahrers dazu, um auf die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Hafen- und Deichstraße aufmerksam zu machen.

b) BG Stange möchte von der Verwaltung gerne wissen, wieviel Rechnungen für das Auslösen der Brandmeldeanlagen bei Einsätzen durch die Feuerwehr geschrieben werden. StAR Vißer antwortet, dass im letzten Jahr 26 Meldungen ausgelöst worden seien, wovon 17 Meldungen abrechnet worden seien. Pro Fall seien durchschnittlich ca. 620,-- € in Rechnung gestellt worden. Im Jahre 2013 seien ca. 7.000,-- € eingenommen worden; zu dieser Zeit habe noch die alte Satzung gegolten. 2014 seien es dann schon ca. 10.500,-- € gewesen.

c) RM Budde fragt nach den Schwierigkeiten bei der Genehmigung des Holi-Beach- Festivals am letzten Wochenende. Warum habe der Landkreis Aurich sich so schwer getan und eine solche wirklich gute Veranstaltung zunächst blockiert? BM Ulrichs antwortet, dass in diesem Fall die Versammlungsstättenverordnung gegriffen habe, weil mehr als 1.000 Personen erwartet worden seien. Es seien aus der Bevölkerung auch viele Querschüsse (anonyme E-Mails u.a.) gekommen, die den Landkreis veranlasst hätten, dieses Festival einer genauen Prüfung zu unterziehen. Es sei an das Staatsbad ein umfangreicher Fragenkatalog gesandt worden, der auch sauber abgearbeitet worden sei. Die Genehmigung sei dann doch erteilt worden.

RM Aldegarmann fügt noch weiter hinzu, dass ein Großteil des Rates hinter der Veranstaltung gestanden habe. Nach seiner Meinung habe die Stadt Norderney wirklich alles getan, damit die Veranstaltung auf Norderney habe durchgeführt werden können.

TOP 10. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

Frau Freese-Fokken fragt nach der Zuständigkeit für die Fußgängerzone „Jann-Berghaus-Straße“. Es seien zu viele Schilder aufgestellt. Keiner fände da mehr durch. Zudem solle dort mehr Ordnung geschaffen werden. Sie sei auf einen Rollator angewiesen und möchte da auch gerne durchgehen, aber durch die vielen Fahrräder und Autos würde ihr dies sehr erschwert.

StAR Vißer antwortet, dass alles fließender Verkehr sei für dessen Überwachung ausschließlich die Polizei zuständig sei. BM Ulrichs erklärt, dass die Situation dort sicher sehr schwierig und hierfür noch keine akzeptable Lösung gefunden worden sei.

RM Aldegarmann schließt die Sitzung um 19.30 Uhr.

Aldegarmann
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Nuhn
(Protokollführer)